

4. Managementbericht 2015 der Stadt Dortmund

Ausschuss für Finanzen,
Beteiligungen und Liegenschaften
24.09.2015

Stadt Dortmund
Stadtkämmerei





Inhaltsübersicht

1. Kreditverbindlichkeiten der Stadt Dortmund
2. Aktuelle Prognosen zur Haushaltssituation
3. Risiken / Chancen
4. Bewirtschaftungsstand und Prognosen Investitionen
5. Soziales
6. Anlagen
 - Detaillierte Darstellung der Kreditverbindlichkeiten
 - Gesamtübersicht der städtischen Risiken und Chancen
 - Entwicklung des Personal- und Planstellenbestandes



1. Kreditverbindlichkeiten der Stadt Dortmund

Kreditverbindlichkeiten der Stadt Dortmund
ggü. externen Gläubigern inkl. Eigenbetriebe /
Sondervermögen

	Kreditaufnahme insgesamt		davon Investitionskredite		davon Liquiditätskredite	
	31.08.15	31.08.14	31.08.15	31.08.14	31.08.15	31.08.14
Städtischer Haushalt	2.245,5	2.173,4	712,7	764,5	1.532,8	1.409,0
Sondervermögen / Eigenbetriebe	252,9	264,3	242,5	243,9	10,4	20,4
Insgesamt	2.498,4	2.437,8	955,2	1.008,4	1.543,2	1.429,4

Beträge in Mio. Euro

Stand: 31.08.2015

Bei der Darstellung der Kreditaufnahme handelt es sich um eine stichtagsbezogene Momentaufnahme, die auch stark von der jeweiligen Einzahlungssituation abhängig ist.

Es werden die externen Kreditverbindlichkeiten dokumentiert. Die internen Verflechtungen (insbesondere die Trägerdarlehen) werden herauskonsolidiert. Damit entspricht dieses Vorgehen der offiziellen Darstellungsform des it.nrw. Eine detaillierte Übersicht ist als Anlage beigelegt.

<u>Eigenbetriebe:</u>	<u>Sondervermögen:</u>
Kulturbetriebe Dortmund	Sondervermögen "Grundstücks- und Vermögensverwaltungsfonds Dortmund"
Theater Dortmund	Deponiesondervermögen
Sport- und Freizeitbetriebe Dortmund	Sondervermögen "Verpachtung Technologiezentrum Dortmund"
FABIDO	
Friedhöfe Dortmund	
Wirtschaftsförderung Dortmund	
Stadtentwässerung	



2. Aktuelle Prognosen zur Haushaltssituation

Aktuelles Prognoseergebnis

Jahresfehlbedarf Haushaltsplan 2015 -74,4 Mio. €

Erwartete Verschlechterungen - 38,3 Mio. €

Erwartete Verbesserungen 39,5 Mio. €

Saldo (Verbesserung) 1,2 Mio. €

Prognostizierter Jahresfehlbetrag 2015 - 73,2 Mio. €

5 %-Grenze zur Vermeidung eines HSK - 85,1 Mio. €
(unter Berücksichtigung des vorl. Jahresergebnisses 2014)

**Unterschreitung der 5 %-Grenze bei
Eintreten der Prognose** 11,9 Mio. €

Erläuterungen:

Prognose auf Grundlage der Meldungen der Fachbereiche aus dem Prognoselauf August 2015 und aktueller Erkenntnisse aus September 2015.



2. Aktuelle Prognosen zur Haushaltssituation

Erstmals in der Prognose berücksichtigt:

Mindererträge Konzessionsabgabe - 2,6

Abweichungen zum originären Haushaltsplan

Beträge in Mio. Euro

Hinweis:**Beträge mit negativem Vorzeichen = negative Planabweichungen****Beträge mit positivem Vorzeichen = positive Planabweichungen**

Als „erstmals berücksichtigte“ Positionen werden solche ausgewiesen, die im letzten Managementbericht noch nicht bekannt waren oder zum letzten Berichtszeitpunkt betraglich so geringfügig waren, dass sie unter „Sonstiges“ dargestellt wurden.

Mindererträge Konzessionsabgabe:

Aus der Abrechnung von Vorjahren ergibt sich ein Erstattungsanspruch der DEW 21 bei der Konzessionsabgabe für Strom, Gas, Wärme und Wasser.



2. Aktuelle Prognosen zur Haushaltssituation

<u>(Aktualisierte) Verschlechterungen</u>	aktuell	letzter Bericht
Immobilienwirtschaft	-12,5	-14,2
Jobcenter	- 8,1	- 8,3
Zuführung Pensionsrückstellungen	- 6,7	- 6,7
Mindererträge Beteiligungen	- 4,5	- 4,5
Jugendamt	- 1,9	- 2,0
Steueramt und Stadtkasse	- 1,1	- 1,2
Steuerbarer Personalaufwand	- 0,9	- 0,4
Abweichungen zum originären Haushaltsplan	Beträge in Mio. Euro	

Dargestellt sind die wesentlichen Abweichungen zum originären Haushaltsansatz.

Immobilienwirtschaft:

Eine Vielzahl ungeplanter -teils gegenläufiger- Effekte wird bei der städtischen Immobilienwirtschaft erwartet.

Auf der Ertragsseite werden Verbesserungen durch höhere Honorarleistungen, Miet- und Pächterträge sowie aktivierte Eigenleistungen für Projektplanung und -steuerung erwartet.

Die Aufwandsseite wird belastet durch die Inanspruchnahme einer übertragenen Ermächtigung aus dem Vorjahr für brandschutztechnische Verkehrssicherung sowie durch deutliche ungeplante Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik.

Hier schlagen sich massive Belastungen durch Miete, Energiekosten, Herrichtung von Objekten und Bewachung bei der Unterbringung von Flüchtlingen nieder. Die diesbezüglichen ungeplanten Aufwendungen bis zum Jahresende sind nur schwer kalkulierbar. Die noch nicht konkret bezifferbaren Aufwendungen sind mit einem überschlägigen Betrag in Höhe von 6,0 Mio. Euro in der Prognose berücksichtigt.

Insgesamt wird hier nunmehr eine Planabweichung in Höhe von 12,5 Mio. Euro erwartet. Die gegenüber dem Vormonat eingetretene Verbesserung ist auf geringere Mietaufwendungen durch die verzögerte Fertigstellung und Inbetriebnahme von Schulbauten zurückzuführen.

Fortsetzung der Erläuterungen der Sachverhalte siehe Folgeseite.

Fortsetzung der Verschlechterungen zum Haushaltsplan:

Jobcenter

Beim Jobcenter werden insgesamt rund 6,9 Mio. Euro Mindererträge erwartet. Diese ergeben sich einerseits durch die Landeszuweisung aus der Wohngeldersparnis des Landes, bei der ein Minderertrag von 2,7 Mio. Euro erwartet wird. Des Weiteren ist derzeit nicht abzusehen, dass der geplante Zuschlag des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft (KdU) für Zuwanderer realisiert wird (1,8 Mio. Euro Minderertrag). Auch die Erstattungen für im Jobcenter eingesetztes städtisches Personal oder städtische Dienstleistungen bleiben hinter den Erwartungen zurück (2,4 Mio. Euro).

Im Aufwandsbereich werden im Wesentlichen bei den Kosten der Unterkunft Mehraufwendungen in Höhe von 1,5 Mio. Euro erwartet (entspricht 3,5 % Kostensteigerung gegenüber 2014).

Insgesamt ergibt sich unter Berücksichtigung weiterer Effekte eine erwartete Planabweichung in Höhe von 8,1 Mio. Euro.

Zuführung Pensionsrückstellungen

Ende März wurde eine Tarifeinigung für die Beschäftigten der Länder in Höhe von 2,1 % für das Haushaltsjahr 2015 erzielt. Dieses Tarifergebnis wird zeitverzögert unter Berücksichtigung eines Versorgungsabschlages von 0,2 % auf die Besoldung der Beamten/innen des Landes und der Kommunen NRW übertragen. Bei der Planung der Zuführungsaufwendungen der Pensionsrückstellung des Haushaltsjahres 2015 wurde mit einer Besoldungserhöhung von 1,5 % kalkuliert. U.a durch die Übertragung in Höhe von 1,9 % wird aktuell mit zusätzlichen Zuführungsaufwendungen in Höhe von rd. 6,6 Millionen gerechnet (Stand: Prognose 8/2015). Mit weiteren Verschlechterungen in der allg. Personalwirtschaft ergibt sich eine Verschlechterung zum Plan in Höhe von 6,7 Mio. Euro.

Mindererträge Beteiligungen

Im Bereich der Beteiligungen ist die Realisierung eines Ertrages in Höhe von 4,5 Mio. Euro stark risikobehaftet.

Jugendamt

Im Bereich Kinder in Tagesbetreuung wird durch weitere bauliche Verzögerungen im Bereich des U3-Ausbaus, durch Rückstellungsauflösung aus Vorjahren und durch Förderprogramme des Bundes in 2015 eine Budgetverbesserung in Höhe von voraussichtlich ca. 11,5 Mio. Euro erwartet. Im Rahmen der Kindertagespflege wurden Aufwendungen und Erträge für 360 neue Kindertagespflegeplätze ab 05/15, vgl. Vorlage DS-Nr.: 00244-15, berücksichtigt.

Die Prognose der Produktgruppe Wirtschaftliche und Erzieherische Hilfen für das Haushaltsjahr 2015 weist dagegen einen saldierten Mehrbedarf in Höhe von ca. 14,2 Mio. € aus. Dieser setzt sich aus den folgenden Positionen zusammen:

- Hilfen zur Erziehung
- UMF (unbegleitete minderjährige Flüchtlinge)

- Schubido (Schulbegleitung in Dortmund)
- UVG (Unterhaltsvorschussgesetz)

Im Bereich der UMF wird gegenüber der Planung mit einem drastischen Anstieg der Fallzahl gerechnet. Dies führt unter Berücksichtigung der bei der Planung unterstellten Erstattungsquote in Höhe von 95% zu einer prognostizierten Planabweichung in Höhe von 0,6 Mio. Euro. Zudem besteht derzeit das Risiko einer geringeren prozentualen Erstattung des Landes. Hintergrund für letzteres sind die sog. "Notunterkünfte", deren Kosten derzeit nicht von allen Landesjugendämtern bei der Abrechnung anerkannt werden (vgl. hierzu Vorlage DS-Nr.02123-15). Hierdurch droht für den Bereich der UMF ein weiteres Risiko in Höhe von etwa 2,0 Mio.

Insgesamt erwartet das Jugendamt unter Berücksichtigung weiterer kleinerer Effekte eine negative Planabweichung von rd. 1,9 Mio. Euro.

Steueramt und Stadtkasse

Beim Steueramt wurden Ermächtigungen für Erstattungszinsen zur Gewerbesteuer in Höhe von rund 1,3 Mio. Euro aus dem Haushaltsjahr 2014 übertragen. Die Inanspruchnahme führt in 2015 zu einer Abweichung vom geplanten Jahresergebnis. Kleinere Verbesserungen von rd. 0,2 Mio. Euro im Amtsbudget fangen einen Teil der Belastung auf.

Steuerbarer Personalaufwand

Die aktuelle Prognose des Personal- und Organisationsamtes beläuft sich auf einen Mehraufwand in Höhe von 0,9 Mio. Euro. Ursache sind dringend erforderliche externe Einstellungen u.a. bei den Flüchtlingshilfen und im Rettungsdienst.

Detaillierte Darstellung siehe Seite „Prognose steuerbarer Personalaufwand“.



2. Aktuelle Prognosen zur Haushaltssituation

<u>(Aktualisierte) Verbesserungen</u>	aktuell	letzter Bericht
Sozialamt	10,2	6,5
Gewerbesteuer / Nachforderungszinsen	10,0	10,0
Minderaufwand Zinsen	6,9	6,0
Minderaufwand Bezirksvertretungen	2,2	1,8
Tiefbauamt	1,9	1,6
Grundsteuer B	1,8	1,8
Feuerwehr	1,3	1,5
Saldo sonstiger Veränderungen	5,2	5,0
Abweichungen zum originären Haushaltsplan	Beträge in Mio. Euro	

Dargestellt sind die wesentlichen Abweichungen zum originären Haushaltsansatz.

Sozialamt:

Beim Sozialamt ergeben sich voraussichtlich -teilweise gegenläufige- Planabweichungen. Während zu Jahresbeginn noch davon ausgegangen wurde, dass insgesamt eine deutliche Verschlechterung entsteht, wird nun eine steigende Verbesserung zum Haushaltsplan in Höhe von insgesamt 10,2 Mio. Euro erwartet.

Es werden insgesamt Mehrerträge in Höhe von 9,8 Mio. Euro prognostiziert. Diese setzen sich größtenteils aus einer ungeplanten Rückerstattung des Bundes für Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für 2012 und gestiegene Flüchtlingshilfen von Bund und Land (u.a. durch Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes). Punktuelle Mindererträge ergeben sich bei geplanten, aber nicht realisierten Zuweisungen vom Land für Zuwanderung und bei Benutzungsgebühren von Übergangseinrichtungen.

Im Aufwandsbereich ergibt sich ein positiver Effekt im Bereich der Flüchtlingshilfen (Geldleistungen). Hier war zum Haushaltsplan 2015 eine deutliche Nachsteuerung im Plan erfolgt, die nun in 2015 nicht in voller Höhe benötigt wird. Die Betreiberkosten für Unterbringungseinrichtungen haben sich dagegen aufgrund des zunehmenden Flüchtlingsstroms um rd. 2,9 Mio. Euro erhöht.

Gewerbesteuer/Nachforderungszinsen:

Nach derzeitigem Stand besteht die Chance, dass im Bereich der Gewerbesteuer und der Nachforderungszinsen zur Gewerbesteuer im städtischen Haushalt eine Verbesserung in Höhe von 10,0 Mio. Euro eintritt.

Fortsetzung der Erläuterungen der Sachverhalte siehe Folgeseite.

Fortsetzung der Verbesserungen zum Haushaltsplan:

Minderaufwand Zinsen

Die seit 2011 schwelende Staatsschuldenkrise und die aktuell drohende Deflation haben die EZB zu weiteren Zinslockerungen veranlasst. Aufgrund der derzeit anhaltenden Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen können im Bereich der Zinsaufwendungen im städtischen Haushalt ansteigende Einsparungen von nunmehr insgesamt 6,9 Mio. Euro erwartet werden.

Minderaufwand Bezirksvertretungen

Bei den Bezirksvertretungen stehen in 2015 konsumtiv insgesamt 11,3 Mio. Euro zur Verfügung (rd. 7,2 Mio. Euro originäres Budget und rd. 4,1 Mio. Euro übertragene Ermächtigungen aus 2014). Es werden voraussichtlich 5,0 Mio. Euro Aufwand entstehen. Rechnerisch wird also aus derzeitiger Sicht eine Verbesserung in Höhe von 2,2 Mio. Euro zum originären Haushaltsansatz eintreten. Eine Übertragung der in 2015 nicht verbrauchten Mittel nach 2016 wird voraussichtlich beantragt.

Tiefbauamt

Im Budget des Tiefbauamtes wird weiterhin eine Verbesserung zum Haushaltsplan in Höhe von 1,9 Mio. Euro erwartet. Hintergrund sind hier vor allem gestiegene Erträge im Bereich Straßen, Brücken, Tunnel und Verkehrstechnik sowie erhöhte aktivierte Eigenleistungen.

Grundsteuer B

Unter anderem bedingt durch die Erhöhung der Hebesätze und durch die Bewertung einzelner Groß-Neubauten werden vom Steueramt Mehrerträge für den Bereich der Grundsteuer B erwartet. Es handelt sich hierbei teilweise um Einmaleffekte im Haushaltsjahr 2015.

Feuerwehr

Im Budget der Feuerwehr wird nach aktueller Einschätzung eine Verbesserung in Höhe von rd. 1,3 Mio. Euro erwartet. Hintergrund sind hauptsächlich Erträge, die die Planansätze übersteigen.



2. Aktuelle Prognosen zur Haushaltssituation

Prognose steuerbarer Personalaufwand

Aufwand für vorhandenes Personal	346,2
inkl. Auswirkung der Einigung zur Besoldungserhöhung	
<i>Altersfluktuation</i>	- 0,3
<i>sonstige Fluktuation</i>	- 0,7
<i>Einsatz Ausgebildete</i>	+ 0,4
<i>externe Einstellungen</i>	+ 3,0
<u>Prognose</u>	<u>348,6</u>
Originärer Planansatz	347,7
<u>Differenz (Mehraufwand)</u>	<u>- 0,9</u>

Beträge in Mio. Euro

Dargestellt ist die aktuelle Prognose des Personal- und Organisationsamtes zum Stand 31.08.2015.

Die Auswirkungen des Beschlusses zur Übertragung der Tarifierung für die Beschäftigten auf die Besoldung der Beamten mit zeitlicher Verzögerung ist hier bereits berücksichtigt.

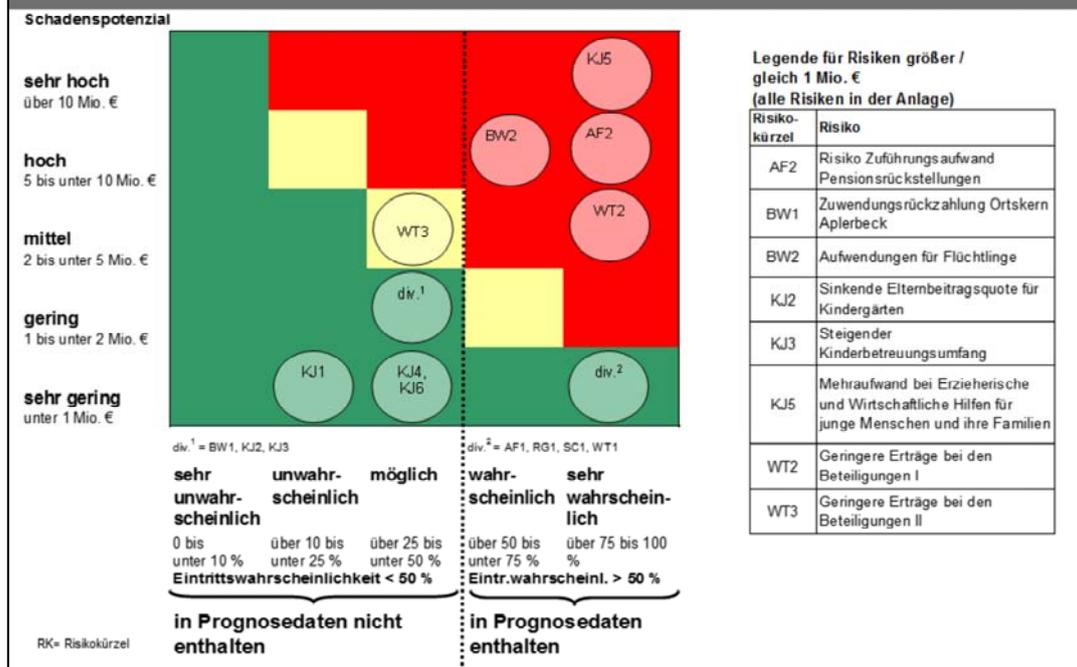
Die Besoldungsanpassung beträgt nun 2,1 % zum 01.06.15 abzgl. 0,2 % Versorgungsabschlag,

Die Auswirkungen der unterjährig vom Verwaltungsvorstand beschlossenen externen Einstellungen sind ebenfalls in der Prognose enthalten.

Gründe für den Mehraufwand sind höhere Aufwände durch zusätzliche, nicht geplante externe Einstellungen (z.B. Stichwort Flüchtlinge, Rettungsdienst Feuerwehr).



3. Risiken / Chancen – Risikokarte und Legende



Im Rahmen des gesamtstädtischen Risikomanagements werden alle finanziellen Chancen und Risiken durch die Fachbereiche gemeldet. Chancen und Risiken werden dabei als mögliche Verbesserungen bzw. Verschlechterungen gegenüber der Haushaltsplanveranschlagung verstanden. Hierbei werden Sachverhalte berücksichtigt deren Eintritt noch nicht sicher ist.

In den zuvor gezeigten gesamtstädtischen Prognosedaten sind die Chancen und Risiken mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit über 50 % enthalten.

In der vorliegenden Folie ist eine Risikokarte **aller Risiken** dargestellt.

Legende der Risikokürzel

AF1 Zuführung Rückstellung für Drohverluste

AF2 Risiko Zuführungsaufwand Pensionsrückstellungen

BW1 Zuwendungsrückzahlung Ortskern Aplerbeck

BW2 Aufwendungen für Flüchtlinge

KJ1 Klagen zur Durchsetzung des Rechtsanspruchs beim Jugendamt

KJ2 Sinkende Elternbeitragsquote für Kindergärten

KJ3 Steigender Kinderbetreuungsumfang

KJ4 Erhöhter Bedarf an Plätzen in Kindertageseinrichtungen wegen Zuwanderung

KJ5 Mehraufwand bei erzieherische und wirtschaftliche Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

KJ6 Streik Erzieher - Rückerstattung Elternbeiträge – weitergehender Streik

RG1 Ordentliche u Finanzerträge beim Vermessungs- und Katasteramt

Fortsetzung der Erläuterung zu Risiken/Chancen – Risikokarte und Legende:

SC1 Mehraufwendungen beim Schulverwaltungsamt wegen "Schulbegleitung (SchubiDo)"

WT1 Maßnahmen zur Unterbringung von Flüchtlingen beim Allgemeinen Grundvermögen

WT2 Geringere Erträge bei den Beteiligungen I

WT3 Geringere Erträge bei den Beteiligungen II



3. Risiken / Chancen - nicht in Prognose enthalten

Risiken, die nicht in der Prognose enthalten sind und die zu einer zusätzlichen Belastung führen können:

RK	Risiko	Eintrittswahrscheinlichkeit	Schadenspotential	Risikoeinstufung	Schaden in Mio. €
BW1	Zuwendungsrückzahlung Ortskern Aplerbeck	möglich (25 bis unter 50%)	gering (1 bis unter 2 Mio. €)	gering	1,0
KJ1	Klagen zur Durchsetzung des Rechtsanspruchs beim Jugendamt	unwahrscheinlich (10 bis unter 25 %)	sehr gering (unter 1 Mio. €)	sehr gering	0,1
KJ2	Sinkende Elternbeitragsquote für Kindergärten	möglich (25 bis unter 50%)	gering (1 bis unter 2 Mio. €)	gering	1,0
KJ3	Steigender Kinderbetreuungsumfang	möglich (25 bis unter 50%)	gering (1 bis unter 2 Mio. €)	gering	1,0
KJ4	Erhöhter Bedarf an Plätzen in Kindertageseinrichtungen wegen Zuwanderung	möglich (25 bis unter 50%)	sehr gering (unter 1 Mio. €)	sehr gering	0,5
KJ6	Streik Erzieher - Rückerstattung Elternbeiträge	möglich (25 bis unter 50%)	sehr gering (unter 1 Mio. €)	sehr gering	0,1
WT3	Geringere Erträge aus Beteiligungen II	möglich (25 bis unter 50%)	mittel (2 bis unter 5 Mio. €)	gering	4,0

RK = Risikokürzel

Die Folie zeigt Risiken, welche eine Eintrittswahrscheinlichkeit unter 50 % aufweisen. Die Sachverhalte sind nicht in den Prognosedaten enthalten.

BW1: Laut eines Berichtes des Staatlichen Rechnungsprüfungsamtes und einer Stellungnahme vom Stadtplanungs- und Bauordnungsamt ist aufgrund einer Prüfung mit einem Risiko in Höhe von ca. 1,0 Mio. € für Zuwendungsrückzahlungen "Ortskern Aplerbeck" zu rechnen.

KJ1: Seit dem 01.08.13 haben Kinder gemäß Kinderbildungsgesetz NRW schon ab Vollendung des ersten Lebensjahres einen einklagbaren Rechtsanspruch. Zur Vermeidung von Klagen hat das Jugendamt eine Koordinierungsstelle Rechtsanspruch eingerichtet, in der Kinder, die noch keinen Platz gefunden haben, vermittelt werden. Bisher hat es noch keine Klage gegeben. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass es zukünftig Klagen geben wird.

KJ2: Im Kalenderjahr 2013/2014 lag die Elternbeitragsquote bei ca. 12,8 %. Aufgrund der steigenden Platzzahlen im Rahmen der Betreuung von unter Dreijährigen, nimmt auch der Anteil der Kinder zu, deren Eltern oder Sorgeberechtigte nur über ein geringes Einkommen verfügen und dementsprechend einen geringeren Elternbeitrag zu zahlen haben.

KJ3: Die Nachfrage nach einem höheren Betreuungsumfang steigt stetig. Ein steigender Betreuungsumfang verursacht entsprechend steigende Kosten aufgrund höherer Kindpauschalen/ Betriebskosten.

KJ4: Durch erhöhte Zuwanderung kann kurzfristig ein Bedarf nach neuen Plätzen in Tageseinrichtungen oder die Eröffnung von Spielgruppen entstehen. Dies führt zu erhöhten Sachaufwendungen.

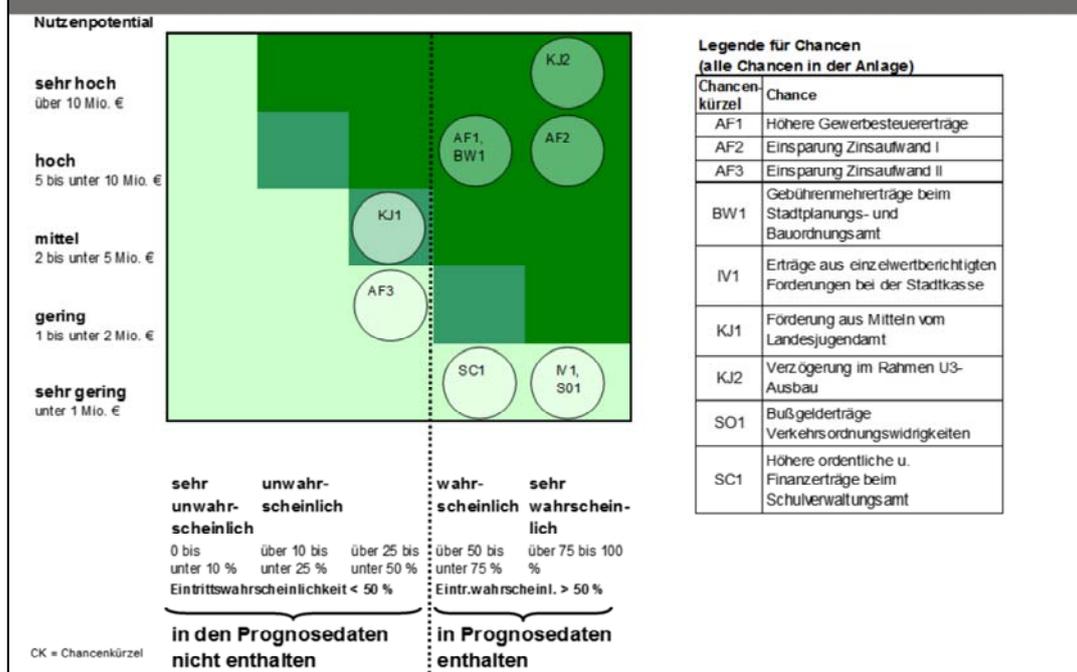
Fortsetzung der Erläuterung zu Risiken, die nicht in der Prognose enthalten sind und die zu einer zusätzlichen Belastung führen können:

KJ6: Der Rat hat beschlossen, die Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen bei Streiktagen zurückzuerstatten. Pro Streiktag werden Mindererträge i.H.v. ca. 20.000 € kalkuliert. Im Falle eines weitergehenden Streiks ergeben sich demnach entsprechende finanzwirtschaftliche Risiken.

WT3: Derzeit besteht ein weiteres mögliches Risiko bei den sonstigen Beteiligungserträgen in Höhe von 4,0 Mio. € dass die Finanzerträge nicht realisiert werden können (Vgl. Risiko "WT2").



3. Risiken / Chancen – Chancenkarte und Legende



Die vorliegende Folie enthält eine Übersicht aller städtischen Chancen in Form einer „Chancenkarte“. Die durch die Fachbereiche gemeldeten Verbesserungen wurden den Achsen „Nutzenpotential“ und „Eintrittswahrscheinlichkeit“ zugeordnet.

Legende der Chancenkürzel

AF1 Höhere Gewerbesteuererträge

AF2 Einsparung Zinsaufwand I

AF3 Einsparung Zinsaufwand II

BW1 Gebührenmehrerträge beim Stadtplanungs- und Bauordnungsamt

IV1 Erträge aus einzelwertberechtigten Forderungen bei der Stadtkasse

KJ1 Förderung aus Mitteln vom Landesjugendamt

KJ2 Verzögerung im Rahmen U3-Ausbau Kindertagesstätten

SO1 Bußgelderträge Verkehrsordnungswidrigkeiten

SC1 Höhere ordentliche und Finanzerträge beim Schulverwaltungsamt



3. Risiken / Chancen – nicht in Prognose enthalten

Chancen, die nicht in der Prognose enthalten sind und die zu einer zusätzlichen Entlastung führen können:

CK	Chance	Eintrittswahrscheinlichkeit	Nutzenpotential	Chancen-einstufung	Nutzen in Mio. €
KJ1	Förderung aus Mitteln vom Landesjugendamt	möglich (25 bis unter 50%)	mittel (2 bis unter 5 Mio. €)	gering	3,6
AF3	Einsparung Zinsaufwand II	möglich (25 bis unter 50%)	gering (1 bis unter 2 Mio. €)	gering	1,3

RK = Risikokürzel

Die Folie zeigt Chancen, welche eine Eintrittswahrscheinlichkeit unter 50 % aufweisen. Die Sachverhalte sind nicht in den Prognosedaten enthalten.

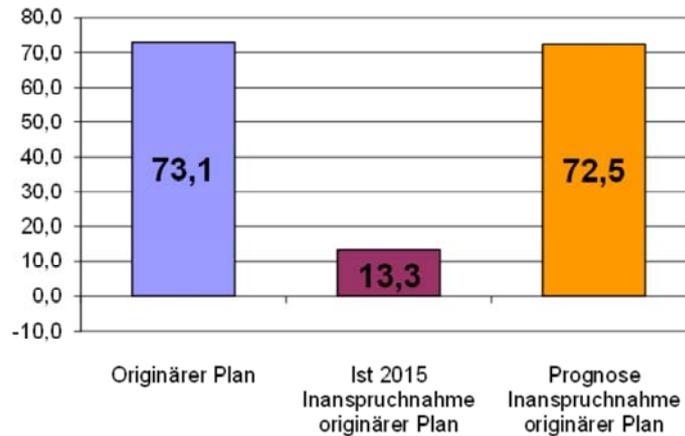
KJ1: Aus einem Förderprogramm steht für Dortmund ein Budget von 3,6 Mio. € zur Verfügung. Hierfür wurden dem Landesjugendamt bis zum Stichtag 15.03. fristgerecht 37 Förderanträge über insgesamt 3,8 Mio. € zur Bewilligung vorgelegt und gemeldet. Die Bewilligungen des Landes erfolgen im Laufe des Jahres. Zum derzeitigen Zeitpunkt ist unklar, zu welchen Teilen die Mittel investiv oder konsumtiv zu behandeln sind und auf welche Haushaltsjahre die Mittel konkret entfallen.

AF3: Wenn sich auch in den verbleibenden Monaten des aktuellen Haushaltsjahres die oben genannten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht verändern, ergibt sich das Potenzial für weitere Einsparungen beim Zinsaufwand (Vgl. AF2).

4. Bewirtschaftungsstand und Prognosen
Investitionen - Originärer Planansatz

4.1 Saldo der Investitionstätigkeit – Originärer Planansatz 2015

Auszahlungen – Einzahlungen = Saldo



Beträge in Mio. Euro

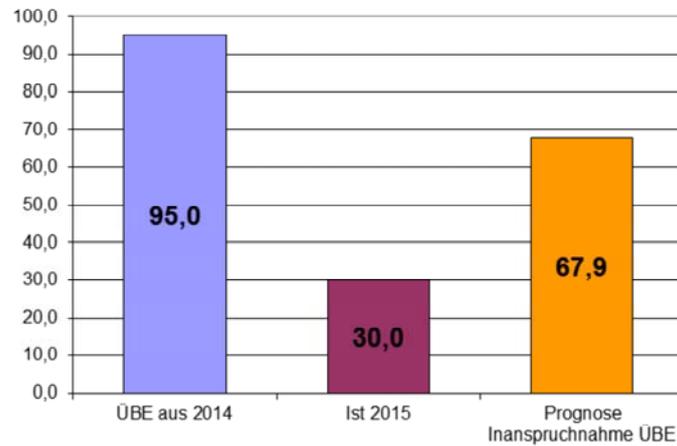
Der geplante **Saldo aus Investitionstätigkeit** beträgt ohne Auszahlungen für geringwertige Vermögensgegenstände und Festwerte 73,1 Mio. Euro.

Seit der Genehmigung der Haushaltssatzung 2015 durch die Bezirksregierung stehen die Ansätze in den Teilfinanzplänen vollständig zur Verfügung.

Im Ist beläuft sich der Saldo derzeit (Stand 08.09.2015) auf einen **Auszahlungsüberhang** von 13,3 Mio. Euro.

4. Bewirtschaftungsstand und Prognosen
Investitionen – Übertragene Ermächtigungen

4.2 Übertragene Ermächtigungen (ÜBE) für Investitionen aus 2014



Beträge in Mio. Euro

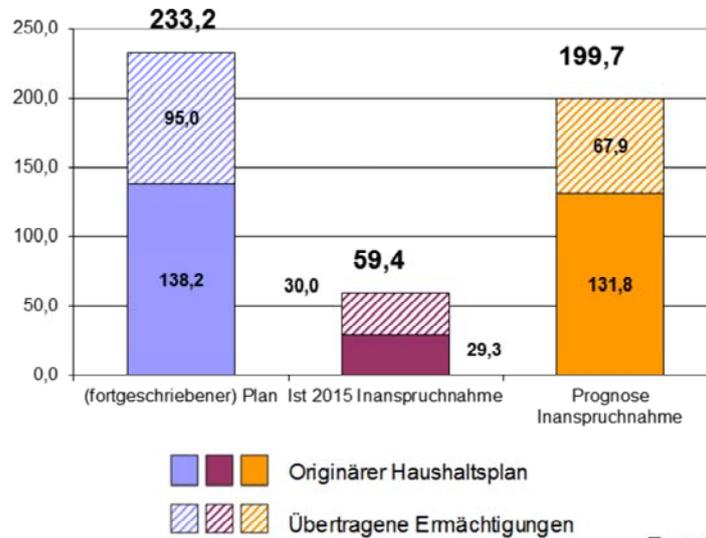
Die übertragenen Ermächtigungen für Investitionszahlungen, die mit dem Jahresabschluss 2014 gebildet wurden, stehen neben dem originären Planansatz zur Verfügung.

Hier wurden bislang (Stand 08.09.2015) 30,0 Mio. Euro ausgezahlt.

Nach aktueller Prognose wird erwartet, dass die übertragenen Ermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2014 nicht in voller Höhe in 2015 in Anspruch genommen werden. Teilweise wird voraussichtlich eine erneute Übertragung in das Folgejahr notwendig.



4.3 Ist-Auszahlungen aus Investitionstätigkeit



Beträge in Mio. Euro

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit belaufen sich derzeit (Stand 08.09.2015) auf

Ist => 30,0 Mio. Euro Inanspruchnahme übertragener Ermächtigungen aus 2014
 (siehe Folie 4.2)

und

Ist => 29,3 Mio. Euro Inanspruchnahme originärer Planwerte des Haushaltsplanes 2015 (enthalten im Saldo auf Folie 4.1).

Insgesamt wurden Investitionsauszahlungen in Höhe von 59,4 Mio. Euro getätigt (ohne Auszahlungen für geringwertige Vermögensgegenstände und Festwerte).

Die Prognose der für das Jahr 2015 erwarteten Investitionsauszahlungen hat sich gegenüber dem letzten Managementbericht deutlich erhöht. Hintergrund ist die erforderliche überplanmäßige Beschaffung von Flüchtlingsunterkünften. Hierfür wurden als Deckungspositionen Ansätze für Maßnahmen verwendet, die sich zeitlich verzögern und die im endgültigen Haushaltsplan 2016 erneut veranschlagt werden.



5. Soziales

Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften ALG II in Dortmund

(Quelle der Daten: Bundesagentur für Arbeit / Jobcenter Dortmund)

	2012	2013	2014	Mai 15	Jun 15	Jul 15	Aug 15
	Ø	Ø	Ø	endgültig	hochgerechnet	hochgerechnet	hochgerechnet
Anzahl der Bedarfsgemeinschaften <i>-endgültige Daten nach 3 Monaten-</i>	42.443	43.249	43.911	44.904	54.041	45.193	45.203
fortlaufender Jahresdurchschnitt der Bedarfsgemeinschaften 2015	44.797						

Die in der Prognose des Jahresergebnisses berücksichtigte Verschlechterung beim Jobcenter (vgl. Folie „Wesentliche Verschlechterungen“) ist neben anderen Ursachen auf die oben dargestellte Entwicklung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften sowie auf erneut gestiegene durchschnittliche Kosten der Unterkunft je Bedarfsgemeinschaft zurückzuführen.



5. Soziales

Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen

Fallzahlen / Kennzahlen:	
LeistungsbezieherInnen Monat 07/2015	3056
<i>davon in eigenen Wohnungen</i>	1490
<i>davon in anderen Unterbringungsformen</i>	1566
Bestand AuffangschülerInnen alle Nationen Monat 07/2015	1748
<i>davon Flüchtlingskinder</i>	787
Inobhutnahmen und Hilfen zur Erziehung von und für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gemäß SGB VIII; laufende Hilfen (Zeitraum Januar bis Juli)	1146
<i>davon neu hinzugekommene im Juli</i>	167
Führung von Amtsvormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge; laufende Hilfen (Zeitraum Januar bis Juli)	370
<i>davon neu hinzugekommene im Juli</i>	30
Familiengerichtshilfe und Beratung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gemäß SGB VIII; laufende Hilfen (Zeitraum Januar bis Juli)	1539
<i>davon neu hinzugekommene im Juli</i>	590
Ø monatliche Regelsatzleistung pro Person in selbst angemieteten Wohnungen ohne Unterkunftskosten	280 €
Ø monatliche Regelsatzleistung pro Person in von der Stadt Dortmund zur Verfügung gestellter Unterkunft (Sammelunterkunft, Wohnraumvorhalteprogramm) ohne Unterkunftskosten	329 €
Ø monatliche Krankenhilfe je Leistungsbezieher	150 €
Ø monatliche Einmalleistungen je Leistungsbezieher	37 €

Die Darstellung bezieht sich auf die kommunal zugewiesenen Flüchtlinge.

Die Daten wurden von den beteiligten Fachbereichen in einem Bericht zum Stichtag 31.07.2015 abgefragt.

Es handelt sich um Auszüge aus einem neu eingerichteten Berichtswesen, das derzeit noch Ungenauigkeiten aufweisen kann und weiter optimiert wird.



5. Soziales

Finanzielle Auswirkung der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen

Objektbezogene finanzielle Auswirkungen

Unterbringungskategorie	Saldo Erlöse - Kosten		Saldo aus Investitionstätigkeit	
	kum. Ist 1-7 2015	Prognose 2015	kum. Ist 1-7 2015	Prognose 2015
von Flüchtlingen angemietete Wohnungen	-1.901.477	-3.265.242	0	0
Stadt Dortmund - angemietete Wohnung	-633.592	-1.364.796	0	0
Stadt Dortmund - eigene Wohnungen	0	-534.289	0	0
Notunterkünfte	-958.711	-3.351.046	0	0
Übergangseinrichtung mit Catering	-2.604.198	-4.876.225	-490.290	-567.163
Übergangseinrichtung ohne Catering	-2.492.419	-6.115.270	-6.705.406	-17.863.406
mögliche weitere Unterkünfte	0	-3.191.637	0	-4.672.790
Sonstige Kosten	-150.350	-176.626	0	-546
	-8.740.747	-22.875.131	-7.195.696	-23.103.905

Beträge in Euro

Die Darstellung bezieht sich auf die kommunal zugewiesenen Flüchtlinge.

Bei den objektbezogenen Auswirkungen handelt es sich um die Kosten der Unterbringung der Flüchtlinge sowie die ggf. entstehenden Mehrkosten durch Catering.

Die Daten wurden von den beteiligten Fachbereichen in einem Bericht zum Stichtag 31.07.2015 abgefragt. Die Prognosedaten stammen von Mitte August 2015.

Es handelt sich dabei um eine Kostendarstellung, die nicht in jedem Fall 1:1 der Aufwands- und Ertragserfassung im städtischen Haushalt entspricht.

Bei den Beträgen handelt es sich um insgesamt entstehende finanzielle Auswirkungen, nicht um Mehraufwendungen im städtischen Haushalt.

Sofern punktuell Mehraufwendungen im städtischen Haushalt entstehen, sind diese in den Prognosen unter Punkt 2) des Berichtes enthalten.

Es handelt sich um Auszüge aus einem neu eingerichteten Berichtswesen, das derzeit noch Ungenauigkeiten aufweisen kann und weiter optimiert wird.



5. Soziales

Finanzielle Auswirkung der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen

Objektübergreifende finanzielle Auswirkungen

Fachbereich	Saldo Erlöse - Kosten		Saldo aus Investitionstätigkeit	
	kum. Ist 1-7 2015	Prognose 2015	kum. Ist 1-7 2015	Prognose 2015
Liegenschaften (23)	-329.794	-565.360	0	0
Ordnungsamt (32)	-433.098	-911.173	0	0
Feuerwehr (37)	-71.805	-158.988	0	0
Schulverwaltungsamt (40)	-787.000	-1.574.000	0	0
Sozialamt (50)	-7.412.783	-12.564.804	0	0
Jugendamt (51)	-1.975.250	-3.654.500	0	0
Gesundheitsamt (53)	-4.420	-4.420	0	0
Amt für Wohnen und Stadterneuerung (64)	-16.717	-29.000	0	0
Städt. Immobilienwirtschaft (65)	-572.250	-1.140.500	0	0
	-11.603.117	-20.602.745	0	0

Beträge in Euro

Die Darstellung bezieht sich auf die kommunal zugewiesenen Flüchtlinge.

Bei den objektübergreifenden Auswirkungen handelt es sich um die personenbezogenen Leistungen, die unabhängig von der Unterbringungsform erbracht werden (u.a. Regelsatzleistung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz).

Die Daten wurden von den beteiligten Fachbereichen in einem Bericht zum Stichtag 31.07.2015 abgefragt. Die Prognosedaten stammen von Mitte August 2015.

Es handelt sich dabei um eine Kostendarstellung, die nicht in jedem Fall 1:1 der Aufwands- und Ertragserfassung im städtischen Haushalt entspricht.

Bei den Beträgen handelt es sich um insgesamt entstehende finanzielle Auswirkungen, nicht um Mehraufwendungen im städtischen Haushalt.

Sofern punktuell Mehraufwendungen im städtischen Haushalt entstehen, sind diese in den Prognosen unter Punkt 2) des Berichtes enthalten.

Es handelt sich um Auszüge aus einem neu eingerichteten Berichtswesen, das derzeit noch Ungenauigkeiten aufweisen kann und weiter optimiert wird.



5. Soziales

Finanzielle Auswirkung der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen

Gesamt finanzielle Auswirkungen

	Saldo Erlöse - Kosten		Saldo aus Investitionstätigkeit	
	kum. Ist 1-7 2015	Prognose 2015	kum. Ist 1-7 2015	Prognose 2015
objektbezogene fin. Ausw.	-8.740.747	-22.875.131	-7.195.696	-23.103.905
objektübergreifende fin. Ausw.	-11.603.117	-20.602.745	0	0
	-20.343.864	-43.477.876	-7.195.696	-23.103.905

Beträge in Euro

Die Darstellung bezieht sich auf die kommunal zugewiesenen Flüchtlinge.

Die Daten wurden von den beteiligten Fachbereichen in einem Bericht zum Stichtag 31.07.2015 abgefragt. Die Prognosedaten stammen von Mitte August 2015.

Es handelt sich dabei um eine Kostendarstellung, die nicht in jedem Fall 1:1 der Aufwands- und Ertragserfassung im städtischen Haushalt entspricht.

Bei den Beträgen handelt es sich um insgesamt entstehende finanzielle Auswirkungen, nicht um Mehraufwendungen im städtischen Haushalt.

Sofern punktuell Mehraufwendungen im städtischen Haushalt entstehen, sind diese in den Prognosen unter Punkt 2) des Berichtes enthalten.

Es handelt sich um Auszüge aus einem neu eingerichteten Berichtswesen, das derzeit noch Ungenauigkeiten aufweisen kann und weiter optimiert wird.



5. Soziales

Zuwanderung aus Südosteuropa

Fallzahlen / Kennzahlen*:	
Bestand AuffangschülerInnen alle Nationen Monat 06/2015	1748
<i>davon SchülerInnen mit rumänischer bzw. bulgarischer Abstammung</i>	<i>787</i>
Kostenübernahmeanträge Krankenbehandlung (Zeitraum Januar - Juni)	132
<i>davon abgelehnte Anträge</i>	<i>132</i>
Patientenkontakte Kindersprechstunde (Zeitraum Januar bis Juni)	988
<i>davon neu hinzugekommene im 2. Quartal (April - Juni)</i>	<i>434</i>
Patientenkontakte gynäkologische Sprechstunde (Zeitraum Januar bis Juni)	705
<i>davon neu hinzugekommene im 2. Quartal (April - Juni)</i>	<i>365</i>
Anzahl Schuleingangsuntersuchungen (Zeitraum Januar bis Juni)	432
<i>davon neu hinzugekommene im 2. Quartal (April - Juni)</i>	<i>218</i>
Leistungsbezieher SGB II (Rumänien + Bulgarien)	1489

*Es handelt sich hier um eine Auswahl von Fallzahlen / Kennzahlen aus der von den FB gemeldeten Daten.

Dargestellt sind Kennzahlen zum Themenfeld Zuwanderung aus Südosteuropa im Kernhaushalt der Stadt Dortmund sowie in betroffenen Beteiligungsunternehmen.

Die Daten werden von den betroffenen Bereichen quartalsweise abgefragt. Der vorliegende Stand bezieht sich auf das 2. Quartal 2015.

Es handelt sich um Auszüge aus einem neu eingerichteten Berichtswesen, das derzeit noch Ungenauigkeiten aufweisen kann und weiter optimiert wird.



5. Soziales

Finanzielle Auswirkungen der Zuwanderung aus Südosteuropa

Finanzielle Auswirkungen:				
	Jahresergebnis 2014	kumuliertes IST (Stand: 30.06.15)	Prognose 2015	Ausblick 2016
 				
Personalaufwendungen	-2.355.595 €	-1.408.214 €	-2.911.265 €	-2.784.411 €
Sachaufwendungen	-2.459.523 €	-1.406.726 €	-3.097.439 €	-3.342.497 €
Transferaufwendungen	-3.039.235 €	-1.790.645 €	-4.618.534 €	-5.018.898 €
sonstige Aufwendungen	-1.076.730 €	-544.984 €	-1.080.000 €	-1.080.000 €
Summe Aufwendungen	-8.931.083 €	-5.150.569 €	-11.707.238 €	-12.225.806 €
Zuwendungen	421.193 €	60.746 €	787.740 €	0 €
Kostenerstattungen	515.900 €	374.189 €	805.460 €	1.110.369 €
sonstige Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €
Summe Erträge	937.093 €	434.935 €	1.593.200 €	1.110.369 €
Ergebnis lfd. Verw. Tätigkeit	-7.993.990 €	-4.715.634 €	-10.114.038 €	-11.115.437 €
Investitionsauszahlungen		0 €	0 €	0 €
Investitionseinzahlungen		0 €	0 €	0 €
Saldo Investitionstätigkeit		0 €	0 €	0 €

Beträge in Euro

Dargestellt sind die finanziellen Auswirkungen der Unterstützungsleistungen für Zuwanderer aus Südosteuropa im Kernhaushalt der Stadt Dortmund sowie in betroffenen Beteiligungsunternehmen.

Die Daten werden von den betroffenen Bereichen quartalsweise abgefragt. Der vorliegende Stand bezieht sich auf das 2. Quartal 2015.

Es handelt sich dabei um eine Darstellung, die nicht in jedem Fall 1:1 der Aufwands- und Ertragsfassung im städtischen Haushalt entspricht.

Bei den Beträgen handelt es sich um insgesamt entstehende finanzielle Auswirkungen, nicht um Mehraufwendungen im städtischen Haushalt.

Sofern punktuell Mehraufwendungen im städtischen Haushalt entstehen, sind diese in den Prognosen unter Punkt 2) des Berichtes enthalten.

Es handelt sich um Auszüge aus einem neu eingerichteten Berichtswesen, das derzeit noch Ungenauigkeiten aufweisen kann und weiter optimiert wird.



Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!

Stadt Dortmund
Stadtkämmerei



Anlage 1 zum 4. Managementbericht 2015

Kreditverbindlichkeiten der Stadt Dortmund ggü. externen Gläubigern

(juristische Person Stadt Dortmund inklusive Eigenbetriebe und Sondervermögen)

Kreditnehmer	Kreditaufnahme insgesamt 31.08.15	Kreditaufnahme insgesamt 31.08.14	Investitionskredite insgesamt 31.08.15	Investitionskredite insgesamt 31.08.14	Liquiditätskredite insgesamt 31.08.15	Liquiditätskredite insgesamt 31.08.14
Städt. Haushalt	2.245,5	2.173,4	712,7	764,5	1.532,8	1.409,0
<u>Sondervermögen / Eigenbetriebe:</u>						
Kulturbetriebe Dortmund	4,5	5,0	4,5	5,0	0,0	0,0
Theater Dortmund	0,2	0,3	0,2	0,3	0,0	0,0
Sport- und Freizeitbetriebe Dortmund	3,1	3,3	3,1	3,3	0,0	0,0
FABIDO	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Friedhöfe Dortmund	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Wirtschaftsförderung Dortmund	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sondervermögen "Grundstücks- und Vermögensverwaltungsfonds Dortmund"	196,3	204,4	194,9	198,0	1,4	6,4
Deponiesondervermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sondervermögen "Verpachtung Technologiezentrum Dortmund"	48,8	51,4	39,8	37,4	9,0	14,0
Stadtentwässerung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe Sondervermögen / Eigenbetriebe	252,9	264,3	242,5	243,9	10,4	20,4
Gesamtsumme städt. Haushalt / Sondervermögen und Eigenbetriebe	2.498,4	2.437,8	955,2	1.008,4	1.543,2	1.429,4
Veränderung zum Vergleichszeitpunkt*	-60,7		53,2		-113,8	

*negative Beträge bedeuten eine Zunahme des Kreditbestandes; positive Beträge bedeuten eine Abnahme des Kreditbestandes

Beträge in Mio. Euro

Anlage 2 zum 4. Managementbericht 2015

Gesamtübersicht der städtischen Risiken und Chancen aus August 2015

1. Erläuterungen

Produktbereiche (in alphabetischer Reihenfolge)	Kürzel
Allgemeine Finanzwirtschaft	AF
Bauen und Wohnen	BW
Gesundheitsdienste	GE
Innere Verwaltung	IV
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	KJ
Kultur	KU
Natur- und Landschaftspflege	NL
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	RG
Schulträgeraufgaben	SC
Sicherheit und Ordnung	SO
Soziale Leistungen	SL
Sportförderung	SP
Stiftungen	ST
Umweltschutz	UM
Ver- und Entsorgung	VE
Verkehrsflächen und -anlagen	VA
Wirtschaft und Tourismus	WT

Risiko

Eintrittswahrscheinlichkeit

1 sehr unwahrscheinlich	(0 bis unter 10%)
2 unwahrscheinlich	(10 bis unter 25%)
3 möglich	(25 bis unter 50%)
4 wahrscheinlich	(50 bis unter 75%)
5 sehr wahrscheinlich	(75 bis unter 100%)

Schadenspotenzial

1 sehr gering	unter 1 Mio. Euro
2 gering	1 bis unter 2 Mio. Euro
3 mittel	2 bis unter 5 Mio. Euro
4 hoch	5 bis unter 10 Mio. Euro
5 sehr hoch	über 10 Mio. Euro

Einstufung

1 bis 5	sehr gering	(aus Eintrittswahrscheinlichkeit * Schadenspotenzial)
6 bis 10	gering	(aus Eintrittswahrscheinlichkeit * Schadenspotenzial)
11 bis 15	mittel	(aus Eintrittswahrscheinlichkeit * Schadenspotenzial)
16 bis 20	hoch	(aus Eintrittswahrscheinlichkeit * Schadenspotenzial)
21 bis 25	sehr hoch	(aus Eintrittswahrscheinlichkeit * Schadenspotenzial)

Chance

Eintrittswahrscheinlichkeit

1 sehr unwahrscheinlich	(0 bis unter 10%)
2 unwahrscheinlich	(10 bis unter 25%)
3 möglich	(25 bis unter 50%)
4 wahrscheinlich	(50 bis unter 75%)
5 sehr wahrscheinlich	(75 bis 100%)

Nutzenpotenzial

1 sehr gering	unter 1 Mio. Euro
2 gering	1 bis unter 2 Mio. Euro
3 mittel	2 bis 5 Mio. Euro
4 hoch	5 bis 10 Mio. Euro
5 sehr hoch	über 10 Mio. Euro

Einstufung

1 bis 5	sehr gering	(aus Eintrittswahrscheinlichkeit * Nutzenpotential)
6 bis 10	gering	(aus Eintrittswahrscheinlichkeit * Nutzenpotential)
11 bis 15	mittel	(aus Eintrittswahrscheinlichkeit * Nutzenpotential)
16 bis 20	hoch	(aus Eintrittswahrscheinlichkeit * Nutzenpotential)
21 bis 25	sehr hoch	(aus Eintrittswahrscheinlichkeit * Nutzenpotential)

Dimension

- 1 kurzfristig (nur aktuelles Haushaltsjahr betreffend)
- 2 mittel- oder langfristig (strukturell, das aktuelle Jahr und Folgejahre betreffend)
- 3 mittel- oder langfristig (erst Folgejahre betreffend)

Gesamtübersicht der städtischen Risiken und Chancen aus August 2015

2. Risikoübersicht gemäß der Meldungen der Fachbereiche

Produktbereich	RK	Risiko	Risikobeschreibung	Eintrittswahrscheinlichkeit	Schadenspotenzial	Risikoeinstufung	Schaden in Mio. €	Dimension
Allgemeine Finanzwirtschaft	AF1	Zuführung Rückstellung für Drohverluste	Für das negative Eigenkapital des Sonderhaushaltes wurde in der Bilanz des Kernhaushaltes eine Gegenposition "Rückstellung für Drohverluste Grabpflegelegale" gebildet. Auswirkungen auf diese Position haben das Jahresergebnis und die Drohverlustrückstellung des Sonderhaushaltes. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand kommt es aufgrund des Ungleichgewichtes zwischen Aufwendungen und Erträgen zu einer Belastung des Kernhaushaltes in Höhe von 0,7 Mio. €	5	1	5	0,7	aktuelles Jahr
Allgemeine Finanzwirtschaft	AF2	Risiko Zuführungsaufwand Pensionsrückstellungen	Ende März wurde für die Beschäftigten der Länder eine Tarifeinigung in Höhe von 2,1 % für das Haushaltsjahr 2015 erzielt. Am 20.05.2015 wurde bekannt, dass diese Einigung mit einem 3monatigen zeitlichen Verzug sowie eines Versorgungsabschlages von 0,2% für die Beamten/innen des Landes und der Kommunen NRW übertragen wird. Bei der Planung der Zuführungsaufwendungen des Haushaltsjahres wurde mit einer Besoldungsanpassung von 1,5 % kalkuliert. Aktuell wird mit zusätzlichen Zuführungsaufwendungen in Höhe von rd. 6,6 Mio. € gerechnet (Stand Prognose 08/15).	5	4	20	6,6	aktuelles Jahr
Bauen und Wohnen	BW1	Zuwendungsrückzahlung Ortskern Aplerbeck	Laut eines Berichtes des Staatlichen Rechnungsprüfungsamtes und einer Stellungnahme vom Stadtplanungs- und Bauordnungsamt ist aufgrund einer Prüfung mit einem Risiko in Höhe von ca. 1,0 Mio. € für Zuwendungsrückzahlungen "Ortskern Aplerbeck" zu rechnen.	3	2	6	1,0	aktuelles Jahr
Bauen und Wohnen	BW2	Aufwendungen für Flüchtlinge	Bei der städtischen Immobilienwirtschaft schlagen sich massive Belastungen durch Miete, Energiekosten, Herrichtung von Objekten und Bewachung bei der Unterbringung von Flüchtlingen nieder. Die diesbezüglichen ungeplanten Aufwendungen bis zum Jahresende sind nur schwer kalkulierbar. Die noch nicht konkret bezifferbaren Aufwendungen belaufen sich auf ein Risiko in Höhe von 6,0 Mio. Euro.	4	4	16	6,0	aktuelles Jahr
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	KJ1	Klagen zur Durchsetzung des Rechtsanspruchs beim Jugendamt	Seit dem 01. August 2013 haben Kinder gemäß Kinderbildungsgesetz NRW schon ab Vollendung des ersten Lebensjahres einen einklagbaren Rechtsanspruch. Da die derzeitigen Kapazitäten nicht ausreichen, sämtlichen Kindern einen Platz anzubieten, kann es zu Klagen gegen die Stadt kommen. Zur Vermeidung von Klagen hat das Jugendamt eine Koordinierungsstelle Rechtsanspruch eingerichtet, in der Kinder, die noch keinen Platz gefunden haben, vermittelt werden. Bisher hat es noch keine Klage gegeben. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass es zukünftig Klagen geben wird.	2	1	2	0,1	aktuelles und Folgejahre
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	KJ2	Sinkende Elternbeitragsquote für Kindergärten	Im Kindergartenjahr 2013/2014 lag die Elternbeitragsquote bei ca. 12,8 %. Aufgrund der steigenden Platzzahlen im Rahmen der Betreuung von unter Dreijährigen, nimmt auch der Anteil der Kinder zu, deren Eltern oder Sorgeberechtigte nur über ein geringes Einkommen verfügen und dementsprechend einen geringeren Elternbeitrag zu zahlen haben. Derzeit erhalten vorrangig die Sorgeberechtigten einen Kindergartenplatz für ihr Kind, die voll berufstätig sind und die daher im Durchschnitt über ein höheres Einkommen verfügen.	3	2	6	1,0	aktuelles und Folgejahre
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	KJ3	Steigender Kinderbetreuungsumfang	Die Nachfrage nach einem höheren Betreuungsumfang steigt stetig. Ein steigender Betreuungsumfang verursacht entsprechend steigende Kosten aufgrund höherer Kindpauschalen/Betriebskosten.	3	2	6	1,0	aktuelles und Folgejahre

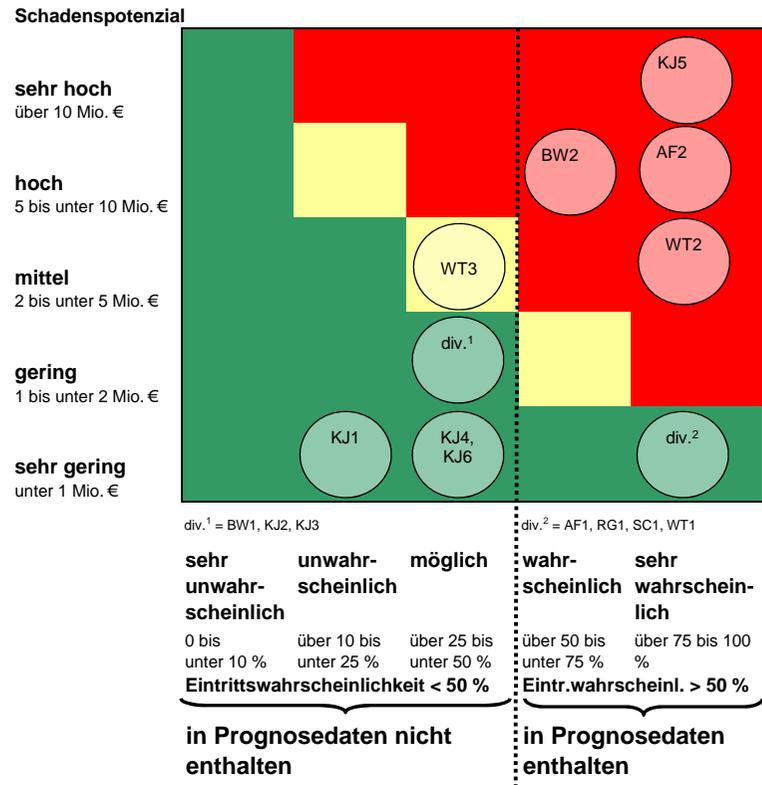
Gesamtübersicht der städtischen Risiken und Chancen aus August 2015

2. Risikoübersicht gemäß der Meldungen der Fachbereiche

Produktbereich	RK	Risiko	Risikobeschreibung	Eintrittswahrscheinlichkeit	Schadenspotenzial	Risikoeinstufung	Schaden in Mio. €	Dimension
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	KJ4	Erhöhter Bedarf an Plätzen in Kindertageseinrichtungen wegen Zuwanderung	Durch erhöhte Zuwanderung kann kurzfristig ein Bedarf nach neuen Plätzen in Tageseinrichtungen oder die Eröffnung von Spielgruppen entstehen. Dies führt zu erhöhten Sachaufwendungen.	3	1	3	0,5	aktuelles und Folgejahre
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	KJ5	Mehraufwand bei erzieherische und wirtschaftliche Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	Für die Produktgruppe "Erzieherische und Wirtschaftliche Hilfen für junge Menschen und ihre Familien" wird aktuell ein saldierter Mehrbedarf in Höhe von 14,2 Mio. € erwartet.	5	5	25	14,2	aktuelles und Folgejahre
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	KJ6	Streik Erzieher - Rückerstattung Elternbeiträge - weitergehender Streik	Der Rat hat beschlossen, die Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen bei Streiktagen zurückzuerstatten. Pro Streiktag werden Mindererträge in Höhe von ca. 20.000 € kalkuliert. Im Falle eines weitergehenden Streiks ergeben sich demnach entsprechende finanzwirtschaftliche Risiken.	3	1	3	0,1	aktuelles Jahr
Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	RG1	Ordentliche u Finanzerträge beim Vermessungs- und Katasteramt	Beim Vermessungs- und Katasteramt wird bei den Erträgen ein Minderertrag in Höhe von rd. 0,1 Mio. € erwartet.	5	1	5	0,1	aktuelles und Folgejahre
Schulträgeraufgaben	SC1	Mehraufwendungen beim Schulverwaltungsamt wegen "Schulbegleitung (SchubiDo)"	Die Verschlechterung bei den Sach- u. Dienstleistungen sowie sonstige ordentliche Aufwendungen bei den Schulträgeraufgaben ergibt sich aus dem Bereich "Schulbegleitung (SchubiDo)". Aktuell wird von einem Risiko in Höhe von 350 T € ausgegangen.	5	1	5	0,4	aktuelles Jahr
Wirtschaft und Tourismus	WT1	Maßnahmen zur Unterbringung von Flüchtlingen beim Allgemeinen Grundvermögen	Für Maßnahmen zur Unterbringung von Flüchtlingen, insbesondere Instandhaltungsmaßnahmen und Gutachten zur Erstellung von Antragsunterlagen wird aktuell von einem Mehrbedarf von rd. 0,6 Mio. € beim Allgemeinen Grundvermögen ausgegangen.	5	1	5	0,6	aktuelles Jahr
Wirtschaft und Tourismus	WT2	Geringere Erträge bei den Beteiligungen I	Durch erwartete Mindererträge bei den Beteiligungen ergibt sich ein sehr wahrscheinliches Risiko in Höhe von 4,5 Mio. €.	5	3	15	4,5	aktuelles Jahr
Wirtschaft und Tourismus	WT3	Geringere Erträge bei den Beteiligungen II	Derzeit besteht ein weiteres mögliches Risiko bei den sonstigen Beteiligungserträgen in Höhe von 4,0 Mio. €, dass die Finanzerträge nicht realisiert werden können (Vgl. Risiko "WT2").	3	3	9	4,0	aktuelles Jahr

Gesamtübersicht der städtischen Risiken und Chancen aus August 2015

3. Risikokarte



Gesamtübersicht der städtischen Risiken und Chancen aus August 2015

4. Chancenübersicht gemäß der Meldungen der Fachbereiche

Produktbereich	CK	Chance	Chancenbeschreibung	Eintrittswahrscheinlichkeit	Nutzenpotenzial	Chancen-einstufung	Nutzen in Mio. €	Dimension
Allgemeine Finanzwirtschaft	AF1	Höhere Gewerbesteuererträge und Nachforderungszinsen zur Gewerbesteuer	Im Bereich der Gewerbesteuer und der Nachforderungszinsen zur Gewerbesteuer wird eine Verbesserung zum Haushaltsplan in Höhe von 10,0 Mio. € netto erwartet.	4	4	16	10,0	aktuelles Jahr
Allgemeine Finanzwirtschaft	AF2	Einsparung Zinsaufwand I	Ein Zinsänderungsrisiko entsteht durch eine Veränderung der Zinsstrukturkurve. Dieses Risiko/Chance kann schlagend werden bei allen variabel verzinsten, neu aufzunehmenden und den zur Umschuldung anstehenden Krediten. Die seit 2011 schwelende Staatsschuldenkrise und die aktuell drohende Deflation haben die EZB zu weiteren Zinslockerungen veranlasst. Auf Grund der derzeitigen Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen können im Bereich der Zinsaufwendungen mit großer Wahrscheinlichkeit Einsparungen in Höhe von 6,9 Mio.€ erwartet werden.	5	4	20	6,9	aktuelles Jahr
Allgemeine Finanzwirtschaft	AF3	Einsparung Zinsaufwand II	Wenn sich auch in den verbleibenden Monaten des aktuellen Haushaltsjahres die oben genannten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht verändern, ergibt sich das Potenzial für weitere Einsparungen beim Zinsaufwand (Vgl. Chance "AF2").	3	2	6	1,3	aktuelles Jahr
Bauen und Wohnen	BW1	Gebührenmehrerträge beim Stadtplanungs- und Bauordnungsamt	Aufgrund der bisher in 2015 erzielten Erträge an Baugenehmigungsgebühren, sowie des anhaltenden niedrigen Zinsniveaus mit daraus resultierender erhöhter Bautätigkeit, können Mehrerträge in diesem Jahr prognostiziert werden. Mehrjährige Prognosen sind jedoch nicht möglich bzw. unseriös.	4	4	16	0,1	aktuelles Jahr
Innere Verwaltung	IV1	Erträge aus einzelwertberechtigten Forderungen bei der Stadtkasse	Zahlungen auf befristet niedergeschlagene - einzelwertberichtigte - Steuer- und Abgabenforderungen wurden bei der Haushaltsplanung nicht einbezogen, da Zahlungen von der wirtschaftlichen Erholung der Schuldner abhängig sind, die nicht verlässlich prognostiziert werden kann. Hieraus wird sich sehr wahrscheinlich eine Chance von 0,1 Mio€ ergeben.	5	1	5	0,1	aktuelles und Folgejahre
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	KJ1	Förderung aus Mitteln vom Landesjugendamt	Aus einem Förderprogramm steht für Dortmund ein Budget von 3,6 Mio. € zur Verfügung. Hierfür wurden dem Landesjugendamt bis zum Stichtag 15.03. fristgerecht 37 Förderanträge über insgesamt 3,8 Mio. € zur Bewilligung vorgelegt und gemeldet. Die Bewilligungen des Landes erfolgen im Laufe des Jahres. Zum derzeitigen Zeitpunkt ist unklar, zu welchen Teilen die Mittel investiv oder konsumtiv zu behandeln sind und auf welche Haushaltsjahre die Mittel konkret entfallen.	3	3	9	3,6	aktuelles und Folgejahre
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	KJ2	Verzögerung im Rahmen U3-Ausbau Kindertagesstätten	Aufgrund von Verzögerungen im Rahmen des U3-Ausbaus werden sowohl Mindererträge als auch Minderaufwendungen erzielt. Die Minderaufwendungen decken die Mindererträge. Darüber hinausgehende Minderaufwendungen (Prognose derzeit ca. 11,2 Mio. €) werden gem. § 8 der Haushaltssatzung der Stadt Dortmund zur Deckung der Mehraufwendungen in der Produktgruppe 00606 – Wirtschaftliche und erzieherische Hilfen (gesetzliche Pflichtaufgaben) benötigt.	5	5	25	11,2	aktuelles Jahr
Sicherheit und Ordnung	S01	Bußgelderträge Verkehrswidrigkeiten	Die Anzeigenentwicklung bei den Verkehrsordnungswidrigkeiten bis einschl. Juni 2015 lässt im Jahre 2015 einen Mehrertrag in Höhe von ca. 0,2 Mio. € bei den Bußgeldern erwarten.	5	1	5	0,2	aktuelles Jahr
Schulträgeraufgaben	SC1	Höhere ordentliche u. Finanzerträge beim Schulverwaltungsamt	Im Bereich der Schulträgeraufgaben wird aktuell mit Mehrerträgen von rund 0,1 Mio. € gerechnet.	4	1	4	0,1	aktuelles Jahr

Anlage 2 zum 4. Managementbericht 2015

Gesamtübersicht der städtischen Risiken und Chancen aus August 2015

6. Risikoübersicht gemäß der Meldungen der Fachbereiche (mittel- oder langfristige Risiken)

Produktbereich	RK	Risiko	Risikobeschreibung	Eintrittswahrscheinlichkeit	Schadenspotenzial	Risiko-einstufung	Schaden in Mio. €
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	KJ1	Steigende Kinderzahlen	Die bisherigen Planungen zum Ausbau der Betreuungsangebote berücksichtigen eine Versorgungsquote von 35% für die U3-Betreuung und 100% für die Ü3-Betreuung (Grundlage 15.000 Kinder im Alter unter 3 Jahren und 15.200 Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt (DS-Nr.03685-11)). Nach den neuen Einwohnerdaten gab es im letzten Jahr einen Anstieg von 15.088 Kindern unter drei Jahren zum Stand 31.12.2013 auf 16.007 Kinder unter drei Jahren zum Stand 31.12.2014 (DS-Nr.00244-15). Die erforderlichen neuen Plätze verursachen jährlich entsprechende Kosten für Betriebs- und Investitionskostenzuschüsse. Während im Haushaltsjahr 2015 insgesamt betrachtet durch bauliche Verzögerungen im U3-Ausbau hier noch Minderaufwendungen erwartet werden (vgl. Chance "KJ2"), wird sich das genannte Risiko voraussichtlich ab 2016 als Mehraufwand niederschlagen.	5	3	15	2,5

7. Chancenübersicht gemäß der Meldungen der Fachbereiche (mittel- oder langfristige Chancen)

Produktbereich	CK	Chance	Chancenbeschreibung	Eintrittswahrscheinlichkeit	Nutzenpotenzial	Chancen-einstufung	Nutzen in Mio. €
keine Meldung vorhanden							

Anlage 2 zum 4. Managementbericht 2015

Gesamtübersicht der städtischen Risiken und Chancen aus August 2015

8. Übersicht gemäß der Meldungen der Fachbereiche über die eingetretenen Risiken und Chancen

Die folgenden nachrichtlichen Risiken und Chancen wurden in Vormonaten ausgewiesen und sind im Berichtsmonat mittlerweile entweder eingetreten oder entfallen. Sie gelten damit nicht mehr als Risiko oder Chance, sondern sind ausschließlich in den Prognosedaten im Managementbericht berücksichtigt bzw. entfallen.

Risiken:

Produktbereich	eingetreten / entfallen	Risiko	Risikobeschreibung	Schaden in Mio. €
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	eingetreten	Streik Erzieher - Rückerstattung Elternbeiträge	Der Rat hat beschlossen die Elternbeiträge für TEK bei Streiktagen zurückzuerstatten. Pro Streiktag werden Mindererträge von ca. 20.000€ kalkuliert (Vgl. Risiko "KJ6") .	0,4

Chancen:

Produktbereich	eingetreten / entfallen	Chance	Chancenbeschreibung	Nutzen in Mio. €
Innere Verwaltung	eingetreten	Wärmepreisentwicklung	Laut Auskunft der DEW21 wird der Wärmepreis zum 01.07.2015 um 9,53% sinken.	0,7



	Monatswerte 2015 Kernverwaltung (ohne Eigenbetriebe) mit JobCenter													SUMME	Zum Vergleich Ergebnis 2014	Zum Vergleich Ergebnis 2013	Plan-Ist-Abweichung 2015			
	Jan	Febr	Mrz	Apr	Mai	Jun	Juli	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Plan 2015				Plan-Ist- Abweichung	Ist-Anteil in %		
€	Plan Steuerbarer Personalaufwand (€)	27.708.190	27.708.303	27.708.192	27.708.188	27.708.302	27.708.196	27.708.185	27.708.301	27.708.194	27.708.187	40.559.376	30.038.738	347.680.352	-	-	347.680.352	135.643.657	60,99%	
	Ist Steuerbarer Personalaufwand (€)	25.771.536	25.891.396	26.256.605	26.205.752	27.165.050	26.595.895	26.493.824	27.656.637						212.036.695	332.453.570	327.605.746	-	-	-
MA	Anzahl Beschäftigte Kernverwaltung (MA vzv)	6.013,03	6.017,63	6.037,70	6.077,05	6.082,22	6.128,63	6.221,16	6.239,51						-	-	6.097,00	-	-	-
	davon überplanmäßig (Kernverw.; vzv)	89,47	92,16	96,91	123,77	123,37	122,27	135,93	133,75						-	-	259,22	-	-	-
	Fluktuation gesamt	-33,98	-15,52	-17,25	-20,27	-11,45	-15,13	-19,78	-13,11	0,00	0,00	0,00	0,00	-146,49	-254,13	-279,37	-170,00	-23,51	86%	
	davon Altersfluktuation (MA vzv)	-30,19	-9,68	-10,40	-11,50	-3,75	-11,39	-9,90	-6,41					-93,22	-127,72	-119,36	-80,00	-	117%	
	davon sonstige Fluktuation (MA vzv)	-3,79	-5,84	-6,85	-8,77	-7,70	-3,74	-9,88	-6,70					-53,27	-126,41	-160,01	-90,00	-	59%	
	Einstellungen und Übernahme Azubis	32,17	18,87	32,00	54,39	22,45	52,90	123,60	25,11	0,00	0,00	0,00	0,00	361,49	361,11	286,46	-	-	-	
	davon externe Einstellg. inkl. Saisonkräfte (MA vzv)	30,17	9,00	32,00	28,39	22,45	52,90	45,60	22,11					242,62	266,11	164,46	-	-	-	
davon Übernahme von Auszubildenden (MA vzv)	2,00	9,87	0,00	26,00	0,00	0,00	78,00	3,00					118,87	95	122	-	-	-		
Pist	Vorhandene Planstellen (Pist)	6.131,00	6.131,00	6.131,00	6.342,42	6.342,42	6.342,39	6.342,42	6.342,42					-	-	6.288,98	-	-	-	
	davon nicht besetzt (NN und nicht blockiert)	311,18	308,83	334,55	552,70	503,87	485,56	420,56	399,76					-	-	412,44	-	-	-	
	Stelleneuschaffungen (für nächste Stellenplanvorlage)	1,00	1,00		2,79	1,37	9,00	1,00						16,16	195,41	62,37	-	-	-	
	Stelleneinsparungen (Einsparungen zum 31.12.15)				1,00		1,00							2,00	16,12	42,23	-	-	-	